



Ennetmoos, 21. Mai 2026

Medienmitteilung

Härtefallklausel untergräbt Volkswillen: Landräte Markus Walker und Beat Risi fordern konsequentere Ausschaffungen.

Mit ihrer Interpellation vom 8. Dezember 2025 wollten die Landräte Markus Walker und Beat Risi klären, wie konsequent Nidwalden die Ausschaffung krimineller Ausländer umsetzt. Sie verlangten vom Regierungsrat Auskunft über Anzahl und Art der ausgesprochenen Landesverweisungen, die Anwendung der Härtefallklausel sowie den Vollzug der entsprechenden Entscheide. Die nun vorliegende Antwort liefert erstmals eine vollständige Übersicht über die Entwicklung seit Einführung der Landesverweisung im Jahr 2016 und zeigt auf, in welchen Fällen Gerichte von einem Landesverweis abgesehen haben und weshalb die Vollzugsquote 2024 bei 66.7 Prozent lag.

Die Landräte Markus Walker und Beat Risi danken dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung ihrer Interpellation zur Ausschaffung krimineller Ausländer. Die Antwort zeigt transparent, wie viele Landesverweisungen ausgesprochen wurden und wie der Vollzug erfolgt. Gleichzeitig bleibt für die beiden Landräte eine zentrale Sorge bestehen: Die Härtefallklausel, welche gegen den Widerstand der Schweizerischen Volkspartei auf den 1. Oktober 2016 in Kraft gesetzt wurde, verhindert in Nidwalden eine konsequente Umsetzung des Volkswillens.

Zwischen 2016 und 2025 wurde in fünf Fällen trotz schwerer Delikte – darunter Raub, Brandstiftung, Freiheitsberaubung und Entführung keine Landesverweisung ausgesprochen, weil Gerichte einen Härtefall annahmen. Für Markus Walker ist klar: *«Wenn selbst bei schweren Straftaten Härtefälle berücksichtigt werden, dann wird der Volkswille ausgehöhlt.»*

Auch die Vollzugsquote 2024 gibt Anlass zur Sorge. Obwohl zwei Täter effektiv nicht mehr in der Schweiz sind, gelten sie statistisch als «nicht vollzogen». Für Beat Risi zeigt dies ein strukturelles Problem: *«Wer untertaucht oder einfach weiterreist, beweist, dass der Vollzug nicht lückenlos ist. Das dürfen wir nicht akzeptieren.»*

Walker und Risi erwarten, dass Nidwalden sich auf nationaler Ebene dafür einsetzt, dass die Härtefallklausel deutlich restriktiver angewendet wird und der Vollzug von Landesverweisungen ohne Ausnahmen durchgesetzt wird. Die beiden Landräte halten fest, dass die Nidwaldner Bevölkerung eine klare Linie verlangt – und dass diese Linie einzuhalten ist.

Bei Fragen stehen die Interpellanten sowie Roland Blättler, Kantonal-Präsident der SVP Nidwalden zur Verfügung.

Roland Blättler
Landrat SVP Stansstad
Kantonal-Präsident SVP Nidwalden

Mobile: +41 789 141 539
Mail: roland.blaettler@svp-nw.ch
Web: www.svp-nw.ch